

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

32 (7.2.1919)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkoffer monatlich 1.20 M., 1/2jährlich 3.80 M., zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bezw. 3.90 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags: Geschäftszeit: 7/8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Rebsbach Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt-Kolonelzeile od. deren Raum 25 A., zugl. 30 % Zeitungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefrist 3/49 vorm., für größ. Aufträge nachm. zwor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geß & Cie., Karlsruhe.

Die Eröffnung der Nationalversammlung.

Weimar, 6. Febr. (Funkentelegraphischer Bericht.) Zur Eröffnung der deutschen Nationalversammlung zeigte die alte Reichshauptstadt Weimar ein ungewöhnliches militärisches Bild. Infolge der strengen Haltung der Spartakisten, welche Thüringische Städte hat die Regierung, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung mit allen Mitteln entschlossen ist, umfassende militärische Vorbereitungen getroffen. Für den Sicherheitsdienst und um das Parlament zu schützen, waren aus dem Reichskriegsministerium der Berliner Polizei, bis zum heutigen Freiheitsfeierabend her, alle allgemeinen Ruhe und Sicherheit: die hat nach der Bevölkerung mittelte.

Die Parteien der Nationalversammlung, die gegen die letzten Reichstage ein vollkommen verändertes Bild aufweisen, konstituierten sich am Mittwoch. Die ausschlaggebende stärkere Partei: der Mehrheitssozialisten, deren bekannteste Führer gegenwärtig der Regierung angehören, wählte Abg. Dr. David als Fraktionschef. Das Zentrum, das den Wahlkampf in der Revolutionszeit unter dem Namen „Christliche Volkspartei“ führte, nahm seinen alten Namen „Zentrum“ wieder an und wählte Gröber als Fraktionsvorsitzenden. Die bürgerliche Linke, die Deutsche Demokratische Partei, übertrug die Führung dem früheren Vizekanzler von Bayer. Die Deutsche Volkspartei (frühere nationalliberale Partei) wählte am Stelle Dr. Stresemann den sächsischen Ministerpräsidenten Seitz als Fraktionsvorsitzenden. Die rechtsstehenden parlamentarischen Gruppen, zur Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen, wählten frühere bekannte Führer, wie Westarp und Heubrand. Die Geschäftsführung übernimmt vorläufig der Senior der Partei, der frühere Staatssekretär Graf Potadowski.

Die regelmäßige Zeitungsbeförderung durch die Flugpost funktioniert am Mittwoch zum ersten mal Berlin-Weimar, wodurch die Zeit zwischen der Aufgabe und Ablieferung der Berliner größeren Tageszeitungen auf durchschnittlich drei bis vier Stunden verringert wird.

Die parlamentarische Lage in Weimar ergibt die Wahrscheinlichkeit jedenfalls als Möglichkeit, daß die Mehrheitssozialisten, die Demokraten und das Zentrum einen gemeinsamen parlamentarischen Mehrheitsblock bilden. Dies ergibt die Folgerung, daß die vorgenannten bürgerlichen Parteien auch Vertreter in die Regierung und das Parlamentspräsidium senden.

Der Eröffnungssitzung am Donnerstag ging vormittags ein Gottesdienst in der evangelischen und der katholischen Kirche voraus, an denen viele Parlamentarier teilnahmen. Die sozialistische Mehrheitspartei besprach am Mittwoch die Vorgänge in Bremen und billigte das Vorgehen der Regierung.

Rede von Ebert.

W. Weimar, 6. Febr. Um 3/4 Uhr nachmittags eröffnete der Volksbeauftragte Ebert die erste Sitzung der Nationalversammlung im Nationalpalast zu Weimar mit einer Ansprache, in der er u. a. sagte:

Die provisorische Regierung dankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. Die Regierung begriff in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten Gottes Gnade ist es für immer vorbei. (Lobhafter Beifall links. Zuruf rechts: Antworten!) Diese Nationalversammlung hat eine große republikanische Mehrheit. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verlebte Politik der alten Gewalten und der leidenschaftlichen Lebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt hat. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittellage, die nicht nur aus, sondern auch unsere Gegner ungeheuer erschöpft hat. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern heraus wird der Ausbeutungsgedanke in den Frieden hineingetragen. Die Lage und die Vergewaltigungspläne fordern den stärksten Protest heraus. (Allgemeine Zustimmung.) Angesichts des Massenelends erscheint die Schuldfrage keine Klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verbrechen oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Deshalb haben nach ihrem eigenen Zeugnis unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht mehr entstehen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerklärt hart gemessen und schonungslos durchgeführt worden. Wir meinen die Gegner, uns nicht zum Überleben zu treiben. Wie General Winterfeldt konnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschleudern. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Ver-

hungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: Lieber argie Entbehrung als Entehrung. (Lobhafter Zustimmung.) Im Vertrauen auf die Grundidee des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt geht man uns den Wilsonschen Frieden an, auf den wir Anspruch haben. Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erhebt nicht anders als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Tüchtigkeit und Fleiß eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir ihr den Sozialismus, der allein Dauer haben kann, geben, der den Wert und die Kultur des Volkes hebt. Wir wenden uns noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Verweigerung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotz dem hoffnungslos anbahnt.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu einigen. Ich bin sicher, im Sinne der ganzen Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich die Ausdehnung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung für den Anschluß an Deutschland aufrecht und voll Freude begrüße und sie mit herzlichem Brudergruß erwühre. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie in neuen Reiche der deutschen Nation mit offenen Armen und offenem Herzen willkommen heißen. Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zerstückelung und Keimung anheimfallen. Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, selbstregendes, einigendes Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sichern.

Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir haben geerbt und gefördert vom Zertrat der deutschen A- und S-Mächte, unsere Kraft eingeseht, die Gefahren und das Elend der Uebergangszeit zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, so müssen die Gründe dargelegt und gewürdigt werden. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeitererschaft auf, alle Kräfte anzuspinnen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen. Sonst gehen wir zu Grunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehat. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit und Zerstörung. Sorgemoll bricht uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotzdem auf die unverwundliche Schaffenskraft des deutschen Volkes. Die alten Grundlagen der alten Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preussische Hegemonie, das hohenzollerische Heer, die schimmernde Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wir müssen hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Sozialismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel sei vor Augen. Das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialistischem Geiste und sozialistischer Art erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrgerechtigkeit, begründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschnlichkeit trägt. (Lobhafter Beifall und Handclatschen bei der Mehrheit.)

Hierauf bestieg der Mehrheitssozialdemokrat Abg. Fannstuck den Präsidentenstuhl. Er richtete als Alterspräsident an die Versammlung eine Ansprache, in der er ausführte: Jetzt ist das deutsche Volk sein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es sich wiederum unter der brutalen Gewalt Herrschaft beugen muß. Die Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden. Wer ihr die unumschränkte Gewalt zu schenken sucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. Die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenze blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgabe und tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herz und Kopf erfüllt. Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht mit Gewalttaten und Kriegen, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlußfassungen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk! Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne.

Sodann wurde die Geschäftsordnung des Reichstags als provisorisch auf Vorschlag des Alterspräsidenten angenommen. Der jodann vorgenommene Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Alterspräsident Fannstuck bezaume die nächste Sitzung auf Freitag 3 Uhr an Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Berlin, 6. Febr. Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ berichtet, steht an erster Stelle auf einer der nächsten Tagesordnungen der Nationalversammlung der Entwurf über die vorläufige Reichsgewalt. Ist das Gesetz angenommen, so fällt der letzte Reichstag unserer Feinde fort, die Regierung als nicht beurlaubt hinzustellen. Nicht minder wichtig ist die Kreditvorlage. Es sollen 25 Milliarden gefordert werden. Diese gewaltige Summe ist mit der Tatsache begründet, daß die Ausgaben des Reichshaushaltes 3... und um ein etliches durch den Kriegszu-

stand erhöht worden sind. In dem letzten, seit dem 9. November abgelaufenen Bietesjahr belaufen sie sich auf 12 Milliarden.

Berlin, 6. Febr. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei macht laut „Völkischer Zeitung“ auf die drei leitenden Stellen Anspruch: auf den provisorischen Reichspräsidenten (Ebert), die Ministerpräsidentenstelle (Seitzemann) und den ersten Vorsitzenden der Nationalversammlung, wofür neben Seitzemann und Lobe noch der bayerische Minister Auer genannt wird. Falls es gelingen sollte, einen Arbeitsplan der drei großen Parteien (Sozialdemokratie, Zentrum und Deutsche demokratische Partei) zu schaffen, wäre unter Umständen eine Einigung in der Richtung zu erzielen, daß die Sozialdemokraten auf das Präsidium in der Nationalversammlung verzichten. In diesem Falle würde das Zentrum auf diese Stelle Anspruch erheben und Heubrand in Vorschlag bringen.

Laut „Berliner Tageblatt“ möchte man sowohl im Zentrum wie in der demokratischen Partei nicht gern, daß auch der führende Köpfe eines ersten Präsidenten der Sozialdemokratie überlassen wird. Als erster Vizepräsident wird mehrfach der Abgeordnete Dernburg genannt.

Berlin, 6. Febr. Bei den ausschlaggebenden Mehrheitsparteien scheint, wie dem „Berliner Tageblatt“ berichtet wird, die Absicht zu bestehen, ein Gesamt-Reichskabinett von 14 politischen Mitgliedern zu bilden, voraussichtlich bestehend aus 7 Sozialdemokraten und 7 Mitgliedern der demokratischen Partei und des Zentrums. An die Spitze eines neu zu bildenden Reichsfinanzministeriums solle Schiffer treten. Als ausichtsreicher Kandidat für das Kolonialministerium werde Nischhofen genannt. Die Leitung des Reichsjustizamtes solle Landsberg übertragen werden.

Die Annahme, daß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen sich auf der Nationalversammlung vereinigen werden, gilt als irrig.

In Weimar wehen seit gestern mittag die ersten Flaggen zu Ehren der Nationalversammlung. Schwarz-rot-gold herrsche dort. Auch die Sachsen-Weimariischen Landesfarben waren zu sehen.

Eröffnung der internationalen Gewerkschaftskonferenz.

W. Bern, 6. Febr. Einer Meldung der schweizerischen Depesch-Agentur zufolge wurde die internationale Konferenz der Gewerkschaften gestern abend in Anwesenheit von 40 Delegierten durch den Präsidenten des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Nationalrat Schneberger, eröffnet. Dieser wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Konferenz sei, die durch die Entwicklung der Verhältnisse überholten Programme der Kampfkongressen von Bern und Leeds durch ein neues, weitgehendes Programm zu ersetzen. Das Ergebnis der Konferenz soll der Friedenskonferenz zugestellt und als Mindestbestimmungen in den internationalen Friedensvertrag aufgenommen werden.

Desmoulin's eröffnete die Geschäftsverhandlung mit der Erklärung, daß über die Regelung der internationalen Fragen zuerst die Arbeiter und ihre Organisationen, nicht aber die politischen Instanzen beschließen müssen. Es wurde beschlossen, die Entschlüsse der sozialistischen Vorkonferenz entgegenzunehmen.

Präsident Jantzen führte aus: Der achtstündige Arbeitsstag ist heute eine Selbstverständlichkeit. Wo er nicht eingeführt ist, müssen ihn die Gewerkschaften mit allem Nachdruck fordern. In Anbetracht der schweren Schädigungen der Volkskraft in allen Ländern durch den Krieg hat die Konferenz die Aufgabe, energische Forderungen für den Schutz der Kinder, der Jugendlichen und der Arbeiterinnen aufzustellen. Als Altersgrenze für den Kinderschutz fordern wir heute das 15. Lebensjahr. Weitere Forderungen betreffen die Hygiene, die Arbeitszeit in den kontinuierlichen Betrieben der Heimindustrie. Zur Durchführung dieser Forderungen dürfen die bisherigen internationalen Vereinigungen zum gesetzlichen Arbeiterschutz nicht mehr unter der Kontrolle der Regierungen stehen. Mit den französischen Genossen sind daher die deutschen Genossen der Meinung, daß der Arbeiterschutz dem Völkerverbund übertragen werden muß, der durch eine offizielle Einrichtung diesen Schutz durchzuführen hat. Außerdem verlangen wir eine ständige Kommission, ein ständiges internationales Amt, das aber nicht ein Amt der Regierungen, sondern ein Amt des Proletariats sein muß. Ferner ist ein internationales Arbeitssparlament zu schaffen, das alljährlich zusammentritt, und das sich aus den Vertretern der Arbeiterorganisationen aller Länder zusammensetzen muß.

Hierauf verlagte sich die Konferenz auf heute nachmittag.

Spartakusumtriebe.

W. Bremen, 6. Febr. Bösmanns Tel.-Büro meldet gestern mittag ist die Werft A.-G. Weier ohne Widerstand der Spartakisten besetzt worden. Damit ist auch der ganze übrige Teil der Stadt Bremen, in dem sich noch die Spartakisten hielten, von den Truppen der Division Gerstenberg besetzt worden. Ränge haben in der Stadt gestern nicht stattgefunden. Die Spartakisten haben auskennend die Waffen zum größten Teile abgegeben. Ein Teil ist nach Norden abgewichen. Die Division Gerstenberg hat noch bedeutende Verluste erlitten, die im Auslande begriffen sind. Auf den Anwerbefürs hat sich eine große Zahl Freiwilliger zur Aufnahme gemeldet.

Vor der Weltrevolution?

* Karlsruhe, 7. Februar.
II.

Die westlichen Großmächte Europas sind bisher nicht gewohnt gewesen, sich ihre Revolutionen vom Osten und der Mitte hermachen zu lassen. Wenn jetzt eine solche Rollenabgabe eingetreten ist, so braucht das nicht an der erschöpfenden Produktivität zu politischer Reformarbeit zu liegen. Es kann neben anderen Gründen durchaus so sein, daß die europäischen Westmächte wenig Neigung oder gar keine haben, an der Art Revolution teilzunehmen, die wir ihnen vormachen. Diese mag ihnen soziologisch psychologisch wider den Strich gehen, sie mögen sich mit der sozialistischen Revolution nicht gut befreunden können, weil ihnen die seltsame Eignung dazu fehlt.

Sozialisierung das bedeutet, wenn sie im Leben, in der Politik, im wirtschaftlichen Verkehr praktisch vorliegt, vollendete Organisation aller für die Bedürfnisse der Allgemeinheit notwendigen Einrichtungen und Einrichtungen. Die Entwicklung zum Sozialismus setzt Neigung, Willen und Begabung für Organisationsarbeit voraus. Das braucht man sich nur klar zu machen, um das innere Widerstreben der Franzosen gegen den Anschluß an die sozialistische Revolution zu begreifen. Sie sind keine großen Organisatoren und sie haben auch keine besondere Liebe für organisatorisches Fertigtörigen. Der Franzose ist Meister im Improvisieren, vor dem Organisieren drückt er sich, bis eine äußerste Lebensnotwendigkeit den Zwangsantrieb dazu darbietet. Daß Frankreich industriell ein so rückwärtiges Land geblieben ist, liegt nicht nur an seinem Bevölkerungsdruck, auch nicht nur an dem geringeren Fleiß seiner Proletarier, sondern mit daran, weil es den Leitern der französischen Industriebetriebe an Begabung, an Temperament und Willen zur Organisation fehlt. Bis tief in den Krieg hinein hat sich dieser Mangel an den Franzosen gerächt.

Wenden wir auch nicht die Augen davon ab: der Durchschnittsfranzose und d. h. etwa Siebenachtel seiner gesamten Landesbevölkerung hat wirtschaftlich hauptsächlich ein Ideal: das Rentnerium. Er ist gar nicht der große Lebemann, der wilde Geldverdiener, der defekante Moraberäcker wie man in Deutschland, verleitet von einer verlorenen Schulbelehrung, gewöhnlich meint. Der Franzose — besonders der außerhalb Paris — ist, wenn er nicht von vornherein aus dem vollen wirtschaftlichen kann, ein parlamter Philister. Er will es Zeit seines Lebens begähig haben und auf seine alten Tage will er gut leben. Nun bietet die sozialistische Wirtschaftsordnung hierzu sehr viel mehr Möglichkeiten als die kapitalistische, die dem Proletarier diese überhaupt nicht bietet, aber das ist nicht die Meinung des völkerverständlich höchst mangelhaft unterrichteten Durchschnittsfranzosen. Diese Ueberzeugung muß ihm noch beigebracht werden. Einzuweisen ist das ihm seit Generationen im Auge stehende Rentnerideal auf kapitalistischer Basis eine starke Hemmung zum Anschluß an die sozialistische Revolution.

Wir haben den Franzosen politisch überhaupt für viel radikaler gehalten, als er ist. Man las von politischen Straßendemonstrationen, von geradezu periodisch wiederkehrenden Ministerstürzereien, von allerhand Ereignissen, in denen sich die Opposition dieses hehßhätigen Volkes gegen seine Regierungen mitunter sehr unehrerbützig zu erkennen gab. Wir in Deutschland, unter einem Obrigkeitstaat, bei dem Ministerstürzereien vom Parlament aus überhaupt nicht möglich waren und der gegen allzu unbehagliche Oppositionsakte sofort mit der heiligen Trax Kavallerie, Artillerie, Infanterie anrückte, staunten mit Bewunderung über die französischen Vorgänge. Das kam uns weiß Gott wie radikal vor. Und nun verfielen wir einem zweiten politischen Fehlschlag. Bei uns in Deutschland war nur die Sozialdemokratie eine Partei des politischen Radikalismus. Da wir den Radikalismus in Frankreich soziologisch auf allen Gassen haben, so nahm die gewöhnliche Mei-

nung, in unzulässiger Uebertragung unserer Verhältnisse auf die französischen an, in Frankreich herrsche der Sozialismus vor. Das stimmt nun ganz und gar nicht. Die Sozialdemokratie stellte in der Deputiertenkammer sehr bescheidene Minderheiten und ihr rechter Flügel unter Millerand, Briand und Viviani trieb die revisionistische Annäherung an den bürgerlichen Kapitalismus noch weiter als unsere Lensch, Gänisch und Wolfgang Geine. In Frankreich war eigentlich der Sozialismus weniger durch seine zahlenmäßige Vertretung eine Macht als durch die Autorität großer, edler Geister wie Jaures und dadurch, daß man sich auch dort gewöhnt hatte, in ihr die politische Vertretung der Arbeiterchaft anzuerkennen. Weiß Gott, wie die französische Sozialdemokratie bei einer Wahl abscheiden würde, wenn diese gegenwärtig vorgenommen würde. Für bedeutend halten wir ihre Chancen nicht.

„Die Revolution ohne England ist ein Sturm im Wasserglas.“ Das ist eine Behauptung von Karl Marx und sie trifft noch heute in dem Sinne zu, daß ohne Englands Mitmachen der Sozialismus nie volle Wirklichkeit werden kann. Die englischen Wahlen stellen der Bereitschaft dazu kein gutes Zeugnis aus. Die Arbeiterpartei hat dort ein plattes Fiasco gemacht. Ursprünglich beabsichtigte sie in mehr als 500 Wahlkreisen zu kandidieren und sie hoffte, die absolute Mehrheit zu erhalten. Schon während der Wahlkampagne ist sie bescheidener geworden. Sie begnügte sich mit 300 Kandidaten und erreichte mit etwa hundert Mandaten. Noch nicht siebzig hat sie bekommen. Im ärmsten Industrieland der Welt und unter 700 Mandaten! Dieses Ergebnis braucht man nach der logischen Entwicklung der politischen Verhältnisse nicht zu erwarten. England hat während der Kriegszeit die Verstaatlichung wichtigster Industriezweige vorgenommen. Die Kartellierung und Trustierung, diese Vorläufe der Verstaatlichungsmaßnahmen, ist jetzt für die Industriebetriebe Englands, aber auch erst jetzt charakteristisch geworden. Auch im Bankwesen ist England zu einem Koalitions- und Verschmelzungsverfahren übergegangen, das man auch als vorbereitende Aktion für den Sozialismus ansehen darf. Man kann nicht einmal behaupten, daß die englische Regierung den Wahlkampf mit einseitiger Stärke gegen die Sozialdemokratie durchgeführt hat. Den Arbeitern wurde Gewinnbeteiligung auf breiterer Grundlage des wirtschaftlichen Lebens zugesagt, Lloyd George war bereit, die Einführung von Industrie- und Arbeiterrenten zu befürworten und für die Beibehaltung der hohen Kriegslöhne auf ein halbes Jahr war er ebenfalls zu haben. Trotzdem, trotz alledem dieser enttäuschenden Wahlausfall? Woran liegt das?

Ohne jeden Zweifel leidet auch der englische Sozialismus unter dem militärischen Sieg der Entente. Und der Engländer betrachtet sich als das Mitglied der Entente, welches zum Endsieg den Hauptbeitrag geliefert hat. Dieser National- und Siegesstolz aber vertritt sich schwer mit dem Sozialismus, der abseits seines Wirtschaftsprogrammes doch Forderungen wie Internationalität und Völkerverfrieden hat. Das Kollektivdenken eines solchen Volkes operiert dann mehr im Unbewußten als bei klarer Betrachtung weiter: unter dem bisherigen System ist dieser ungeheure Sieg erfochten worden, da muß doch etwas daran sein, warum soll man es denn gerade in einem Zeitpunkt pensionieren, wo es die Probe auf seine Haltbarkeit so glänzend bestanden hat? Das hindert Tausende und Tausende, sich dem Sozialismus anzuschließen, dem sie ihrer proletarischen und unterproletarischen Gefühlens nach eigentlich angehören. Kapitalisten sind bei ihrer Denkweise: der Krieg darf nicht unsonst geführt sein, du Unterlegener zahl. Die Lloyd George und Winston Churchill an der Spitze des Reiches sind ihnen eine Garantie dafür, daß alles nur Mögliche im Sinne dieser Parole getrieben wird, eine sozialistische Regierung ist es nicht. Da haben die Kapitalisten Englands alle Kraft zusammen genommen und das Reichsruhm erzielten geholfen, welches eine so entscheidende Abzweigung Englands an den Sozialismus darstellt. O-n.

Berichtigung. Auf Seite 2 des gestrigen Leitartikels ist eine Zeile verdruckt worden. Der betr. Satz muß heißen: „Ohne Zweifel meinen sie (die Entente-sozialisten) es rechtlich mit den sozialistischen Prinzipien, aber ihre Mentalität hat durch den Krieg eine bedauernde Umgestaltung erfahren.“

Ausland.

Stockholm, 8. Febr. Die Sowjetregierung hat bei den einheimischen Fabrikanten für 32 Millionen Rubel landwirtschaftliche Maschinen bestellt und einen Voranschlag von 15 Millionen Rubel bezahlt. Es konnten für 800 000 Rubel Maschinen geliefert werden, für den Rest erklärten sich die Firmen als leistungsunfähig. Die Zunahme der Sabotage in den Petersburger Fabriken hat den Volkskommissar Sinojew veranlaßt, in einem Aufruf die Arbeiter aufzufordern, die Verbrennen unmöglich zu machen. Im Gouvernement Petersburg werden Arbeiterregimenter aus der kriegserfahrenen Bauernbevölkerung gebildet. Die Niederlage der Roten Armee bei Perm wird in Sowjetkreisen hauptsächlich auf die Vauerrückzüge im Rücken des Heeres zurückgeführt. Die von Moskau nach der Ukraine führende Eisenbahnlinie ist seit dem 18. Januar infolge Kohlen- und Lokomotivmangel eingestellt worden.

Deutsches Reich.

Die Zusammensetzung der sächsischen Volkskammer.

Nach den nunmehr vorliegenden vorläufigen Gesamtergebnissen wurden am Sonntag abgegeben für die

Sozialdemokratische Partei	891 766	Stimmen
Unabhängigen	354 991	„
Demokratische Partei	496 660	„
Deutsche Volkspartei	86 560	„
Christliche Volkspartei	21 808	„
Deutschnationalen	305 688	„
zusammen 2 157 473 Stimmen.		

Im ganzen Lande sind demnach gewählt:

- 42 Sozialdemokraten,
- 15 Unabhängige,
- 22 Demokraten,
- 4 Deutsche Volksparteiler,
- 13 Deutschnationale.

Die alte sozialdemokratische Fraktion der ehemaligen Zweiten Kammer kehrt also vollständig in die Volkskammer zurück, dazu noch eine stattliche Zahl neuer Kräfte. Genosin Wagnere-Chemnitz wird die einzige Frau in der Volkskammer sein. Von den kirchlichen Parteien kehren nur wenige von den früheren Gesichtern wieder. Nicht nur das gleiche Wahlrecht hat unter ihnen aufgedummt, auch eine ganze Reihe neuer Männer zieht in die Kammer ein.

Das Wahlergebnis wird sehr verschieden beurteilt. Das Leipziger Blatt der Unabhängigen ist von dem doch recht bescheidenen Erfolge seiner Partei enttäuscht und äußert, wie es seiner Naturgemäßheit nach nicht anders sein kann, seine Verärgerung in den alten kläglichen Redewendungen von der „schändlichen und brutalen Gewalttätigkeit der Ebert-Scheidemann-Politik“, von dem „Verrat an der Revolution und der Arbeiterchaft“ und so weiter. In der Wirklichkeit leben die Dinge ganz anders aus. Eine große Zahl der noch ungeduldeten Wähler und Wählerinnen ist der Stimmung unterlegen, die aus den Zeitverhältnissen entspringt: aus dem Darniederliegen aller Verhältnisse, aus der Lebensnot, von der mancher geglaubt hat, die Sozialdemokratie könne sie im Handumdrehen lösen. Auch die Unabhängigen sind von der Stimmung dieser Stimmung nicht verächtlich gelassen. Denn in Leipzig ist auch ihre Stimmenzahl erheblich zurückgegangen: von 235 000 auf 215 000, also um rund 20 000 Stimmen.

Das verlassene Dorf.

Roman aus dem Dreißigjährigen Kriege von Friedrich Thieme.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Die Kinder wehlagten, Frau Katharine verpöb ein paar Tränen zur Gesellschaft mit, während der Kantor die Faust ballte und nur die Worte sprach: „Das ist der Krieg!“ „Ja, das ist der Krieg“, fügte auch die Mutter hinzu, „und ein himmelstreichendes Unrecht ist er, mag er hervordringen, aus welcher Ursache er immer will, und mag ihn führen, wer will. Nord ist und Raub und Gewalt und ein Hoß auf unser Christentum!“

„Das ist der Krieg!“ Zum ersten, aber nicht zum letzten male hörte Margarete diese Worte — und wie oft sind sie noch ausgesprochen worden, nur nicht in so gleichgültigem, kaltem, teilnahmslosem Tone, sondern ausgerufen, ausgeflucht, ausgeflucht!

So führte sich der Krieg in der Burkhardschen Familie ein, denn es blieb nicht, wie der Kantor und die Seinigen hofften und flehten, die einzige Verührung mit dem Schrecken des Völkerbrandes, sondern bereits im nächsten Jahre brachen neue Truppen herein, und zwar mit so viel Feuerkraft, Brandschakung und Glend, daß selbst die Studenten in Massen aus der Univeritätsstadt Jena entwichen. Das Frühjahr brachte nach der Chronik so heftige Kälte, daß die Feldbrüchte und die Weinstöcke erfroren. Trotzdem mußten die Hirten und Landwirte dreifache Steuern zahlen und dem kaiserlichen Völkern große Transporte von Wein und Proviant zuführen. Zudem brach eine Seuche aus, die massenhaft Opfer forderte. Margarete und ihre Schwester wurden diesmal nicht wieder in einen Zustuchstört gebracht, da die Eltern sie lieber vor Augen haben wollten. Solange sie klein waren, kamen sie auch gut genug davon, besser als die Erwachsenen.

Die kleine Margarete sah bei dieser Gelegenheit zum ersten male wirkliche Kriegssoldaten und fühlte sich sehr enttäuscht von ihrem Anblicke. Das waren zerlumpte, zerfetzte Kerls in allen möglichen Bekleidungen, zwischen denen nur die Feldbrüchten und andere Abziden eine gewisse Einheitslichkeit herstellten. Manche trugen Hücker um die Schultern oder Weiberröcke statt Hosen, um die Füße hingen ihnen Fellen statt Stiefeln. Nur die Offiziere zeichneten sich durch bessere

ja manche durch außerordentlich prachtvolle und kostbare Kleidung aus, und Sammet und Seide waren nichts Seltenes an ihnen wie an ihren Frauen, wogegen die Weiber, die massenhaft den Soldaten folgten, in ihrer Tracht eine würdevolle Mischung von Pracht, Schmutz und Verkommenheit boten.

Bei allen diesen Durcheinärdern kamen sie noch glimpflich davon. Um so trauriger erging es ihnen in den Jahren von 1631 bis 1633. Schon das Tillysche Heer hinterließ im Juni 1631 ein schreckliches Andenken, noch schrecklicher gestaltete sich aber das Los der Arme, als die Pappenheimer kurz darauf wüthend in Thüringen einfielen, denen bald darauf die Schweden folgten. Jedes weitere Jahr brachte neue Heimtückung, man dankte Gott, wenn man nur mit Leib und Leben davorkam. Bald kamen Kaiserliche, bald Schweden, Raub und Plünderung waren an der Tagesordnung. Die Schweden, anfangs Mütter von Manneszucht und Anstand, bliesen nach dem Tode ihres großen Königs bald in daselbe Horn, ja, zuletzt waren sie noch schlimmer als die anderen.

Es war ein elendes Leben, das die Familie noch bewahrte. Nur der leichte Mut der Jugend konnte es den Kindern einigermaßen erträglich gestalten. Das kleine Vermögen war bald total erschöpft. Steuern, Kontributionen, Diebstahl schreuten es in alle Winde. Kälte, Hunger, Obdachlosigkeit, die bitterste Not kehrten alljährlich in dem halbzerstörten Hause des Kantors ein. Von Jahr zu Jahr hoffte man auf Frieden und jedesmal dachte man, die schlimmsten Prüfungen nun überwunden zu haben. Aber das Schicksal war noch nicht befriedigt. Das Jahr 1636 meldete sich mit den schwersten Schrecken von allen. Nie würde Margarete ihren Geburtstag in diesem furchterlichen Jahre vergessen und sollte sie so alt werden wie eine biblische Patriarchin.

Am Tage vorher war sie mit ihrer Mutter nach Jena gegangen, um einige dringende Einkäufe zu besorgen. Im Dorfe war kein Mehl mehr zu haben; da wieder jämmerliche Einkartierung in Aussicht stand, mußten sie das letzte Geld, das Burkhart aufgetrieben hatte, daran wenden, um wenigstens die dringendsten Ansprüche der Kriegsmänner befriedigen zu können. Mit kävertem Herzen feilschten sie um den kostbaren Artikel. In der Stadt war es still, es herrschte die Ruhe eines allgemeinen Not, sowie in der Furcht vor neuen Bedrängnissen zu juchen. Noch andere Ursache lag vor, und ichu blühten Mutter und Tochter auf die Särge, die an ihnen vorüber ge-

tragen wurden. Die Pest wüthete in der Stadt und hatte bereits Hunderte von Opfern verdrängt.

Trotdem ging scheinbar das öffentliche Leben seinen geordneten Gang. Die harte Justiz jener Zeit ruhete selbst in diesen schweren Tagen nicht auf ihren Vorberer aus. Ein armer Teufel stand am Pranger. Er war des Diebstahls von Lebensmitteln und allerhand Gewürzen überführt. So mußte er, bevor ihn die verwickelte Strafe traf, mehrere Stunden am Schandpfahle zubringen, den eisernen Ring um den Hals, Hände und Füße am Wahl befestigt, und Kopf, Schultern und Oberer rundum befangt mit allerlei eisernen Gegenständen, wie er sie gestohlen, so daß ihn das Gewicht der schweren Sachen beinahe zu Boden zog. Der Pöbel sammelte sich, um sich trotz der Not der Zeit das Schauspiel nicht endgehen zu lassen, aber selbst seinem Spott und seinen Angriffen schloßte die rechte Laune.

Margarete erblickte es zum ersten Male und fühlte sich fast beschämter als der Delinquent, der trotz vor sich hinstrakte. Sie empfand Mitleid mit dem armen Märchen, obwohl er ein Dieb war. Ebenso ihre Mutter. Die meisten Umständen betraditeten dagegen den Vorgang mit einer Art fühllosen Schauern. Man war zu jener Zeit zu sehr an die Vollstreckung grauerer Strafen gewöhnt, als daß sie Empfindungen hätte hervorufen können, wie das gleiche Bild etwa im Menschen unserer Zeit erwecken würde.

Dabei gerieten sie in grenzenlose Verwirrung hinein. Das ganze Dorf wimmelte von Soldaten. Vor der Tür ihres Hauses hand ihr eigener Wagen, dollbeladen mit Beutefüßen, Leonhardt, Greidens Bruder, sah hinter auf dem Wege, der Kantor und Christine standen, dabei, Christine schloßte Burkhart redete zornig auf die Arglosigkeit ein, die ihn entweder verachteten oder gar keiner Antwort würdigten.

„Was geht denn vor?“ forschte Frau Katharine in böser Ahnung.

Margarete, die indessen den Inhalt des Wagens einer Musterung unterzogen hatte, rief plötzlich erschrocken: „Mutter, das sind ja unsere eigenen Ketten!“

„Zawohl, mein Schatz,“ entgegnete ihr eine gemein aussehende Dirne, die nebst einigen anderen Frauenzimmern auf den Sachen Posto gefaßt hatte. „Ihr habt nun lange genug darauf geschlafen, nun wollen wir mal probieren, wie sich darin liegt.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine große Protestversammlung gegen den Raub der Kolonien, welche die Deutsche Kolonialgesellschaft in Berlin einberufen hatte, war so stark besucht, daß gleichzeitig drei Versammlungen abgehalten werden mußten. Die Staatssekretäre Erzberger und Dernburg und eine Reihe anderer Redner erklärten sich mit einer allgemeinen Internationalisierung der Kolonialgebiete einverstanden, protestierten aber entschieden gegen den Raub der deutschen Kolonien. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, das gesamte deutsche Volk fordert die Rückgabe seiner Kolonien, als sein weltkundiges Recht gemäß Punkt 5 des Wilsonprogramms. Deutschland habe seine Kolonien durch die friedlich und völkerverträglich umgestalteten Kolonien zu gewinnen. Deutschland habe mit wachsendem Erfolg den wirtschaftlichen und sittlichen Aufstieg der Eingeborenen gefördert. Deutschland könne auch wirtschaftlich als Rohstoffquelle, Absatzmarkt und Siedlungsland für die Kolonien nicht entbehren. Der Ausschluß Deutschlands von kolonialer Betätigung wäre eine Vergeltung des deutschen Volkes gegen die fieserliche Politik, die es erheben wird.

Baden.

Kirche und Schule in der Verfassungskommission.

Nach demokratischem Vorschlag soll Religion nur Pflichtfach für die Volksschule sein. Das Zentrum wehrt sich dagegen und will auch für die Fortbildungsschule und Mittelschule den Religionsunterricht als Pflichtfach in der Verfassung festlegen lassen. Zur Abstimmung liegen verschiedene Anträge vor. Der sozialdemokratische Antrag „Religion ist kein Pflichtfach weder für Lehrer noch für Schüler“ wird mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ein Zentrumsantrag: „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht“ (also auch in Fortbildungsschule, Gewerbe-, Handels- und Mittelschule sowie allen Lehrerbildungsanstalten) wird mit 9 gegen 5 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen angenommen.

§ 19 erhält folgende Fassung: Abs. 1: „Die Schule untersteht den Gesetzen und der Aufsicht des Staates“ (erstimmig angenommen). — Abs. 2: „Religion ist Pflichtfach im Schulunterricht. Er wird im Auftrage der zuständigen Religionsgemeinschaften erteilt und von ihnen überwacht.“ Abs. 3: „Kein Lehrer darf in seiner erklärten religiösen Überzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts oder zur Vornahme der Unterrichtsvorbereitungen, kein Schüler gegen die religiöse Überzeugung der Erziehungsberechtigten zum Besuch des Religionsunterrichts oder zur Teilnahme an kirchlichen Handlungen gezwungen werden.“

Der 1. Teil des § 19 ist vom Zentrum eingebracht, der 2. Teil von den Demokraten. Für diesen 2. Teil stimmt auch die Sozialdemokratie, während sie sich beim 1. Teil der Stimme enthält, weil sie statt die „erklärte religiöse Überzeugung“ den Willen des Lehrers als maßgebend betrachtet wissen möchte.

Die Diskussion kommt damit zum Abs. 3 der Regierungsvorlage, der besagt, daß zur Vermeidung der öffentlichen Volksschule alle Anderer verpflichtet sind. Während Sozialdemokratie und Demokratie energig für diese allgemeine Schule eintreten, ist das Zentrum dagegen, vor allem, um seine konfessionellen Privilegien zu erhalten. Zu einem Beschluß kommt die Kommission heute nicht. Fortsetzung Freitag 16/10 Uhr.

Die Nationalratswahlen in Ostst. Auch wir können hier mit dem Erfolg durchaus zufrieden sein. Die sozialdemokratische Partei ist in Bezug auf Stimmengahl bei den bad. Nationalratswahlen an die erste Stelle gerückt und ihre Stimmengahl bei den Reichsnationalratswahlen noch um 220 Stimmen vermehrt; dem Zentrum sind wir nunmehr um 120 Stimmen voraus. Der Wahlsieg war auch hier ziemlich heftig geführt worden. Die Gegner schickten wieder das menschenwürdigste im Senatwärtigen der Sozialdemokratie. Ist der Kampf vom Ratgeber „Tagesblatt“ von vornherein sachlich geführt worden gegenüber unserer Partei, so kann dies von der „Ratgeber Zeitung“ nicht gesagt werden. In gemein gehässiger Weise fiel dieses amtliche Zentrumsblatt über uns her, was einen scharfen Gegenangriff unserer Seite hervorrief. Die Gieße zeigen auf, der Erfolg bei den Wahlen hat es bewiesen. Boden wir bei den letzten Wahlen nun gut abgeschnitten, so gilt es jetzt bei den kommenden Gemeindevahlen alle Kräfte anzupacken, um das Ertrugene hochzuhalten. Die Gegner müssen uns auf alle Fälle auch bei diesen Wahlen wieder geübt finden. Vor allen Dingen gilt es jetzt die jetzt der Revolution verhaftete Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Partei weiter auszubauen und hauptsächlich unserer Parteipresse immer mehr neue Abonnenten zuzuführen. Die Gemeindevahlen dürfen vorausichtlich in Bälde stattfinden, es ist also keine Zeit mehr zu verlieren, vielmehr müssen die Vorarbeiten hierzu unverzüglich in Angriff genommen werden. Es wird von allen Parteigenossen und Genossinnen dringend erwartet, gerade bei den kommenden Wahlen unbedingt ihre Pflicht zu tun; gilt es doch bei dieser Wahl der sozialdemokratischen Partei auf dem hiesigen Rathaus die notwendige Vertretung zu sichern. Darum, Parteigenossen und Genossinnen, auf zum neuen Kampf! Vorwärts an die Arbeit!

Reich und Bundesstaaten. Von den süddeutschen Regierungen ist ein gemeinsamer Ausschuss eingesetzt worden, der dahin wirken soll, das das Reich ein Bundesstaat bleibt. Vor allem soll die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten erhalten und bei der bevorstehenden Reichsfinanzreform durchgesetzt werden, daß das Reich den Bundesstaaten mindestens eine direkte Steuer als Landessteuer befaßt. Boden wird in dem Antrag durch das Mitglied der badischen Nationalversammlung Medaure Kimmels-Mannheim (Mitglied der Landeszentrale der badischen Arbeitervereine) vertreten sein.

Vom Volkseher. In einer Konferenz der Soldatenräte des Kreises Konstanz wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Landesauschuss der Soldatenräte ersucht wird, bei der badischen Regierung dahin zu wirken, daß die Verwaltung einschließlich Formulierung des neuen bad. Volkseheres ausschließlich von Organen betätigt wird, die auch vor dem Umsturz nachweislich auf dem Boden der heutigen Staatsverfassung gestanden haben. Die Verwaltungsbereitschaft durch das bestehende 14. A. S. würden in seiner Weise eine konsequente Durchführung des Aufbaues des Volkseheres in neuzeitlicher Weise vorzügen.

Das freie Wort des Wahlmännchens. Unter der Überschrift „Ein freies Wort“ bringt das Eßlinger Zentrumsblatt, mit dem wir uns aus reinlichkeitsgründen schon lange nicht mehr befaßt haben, obgleich es schon öfters nötig gewesen wäre, einen Artikel über die Volkseher, zu dem wir uns ausnahmsweise einmal äußern müssen, weil darin in gemeiner Weise unser Genosse Schöcher angepöbel wird. Das Blatt beschäftigt sich mit den Ausführungen der Gen. Mosle und Scheidemann über die Volkseher, die dem Schriftführer des „Landmann“ (offenbar ein angeblicher Soldatenrat) ein willkommener Anlaß sind, mit Blinzen von sich zu werfen. In dem Artikel wird geschrieben:

Stöber habe in Entrüstung gemacht über die gehässige und niedrige Kampfesweise gewisser Kreise, die Verweise würden aber in dem ellenlangen Bericht des Volksrats fehlen. Die Worte Scheidemanns drückt der „Landmann“ natürlich mit möglichem Behagen ab; was Scheidemann nur als Einzelerwähnungen an verschiedenen Orten über die Tätigkeit und das Wirken gewisser A. u. S. Mäde angeführt hat, wird da verallgemeinert. Diese Heße des Organs der Verdrängungspartei ist der beste Beweis dafür, wie unangenehm gewissen Leuten die vom Volksrat geleistete Arbeit, namentlich auch in bezug auf die Aufklärung, ist. Und wenn man sachlich am Ende ist, so wird man persönlich und reißt mißliebige Personen herunter. Man sucht den Gegenstand zwischen Stadt und Land noch mehr zu vergrößern, kein Mittel ist da zu schiedlich und zu schief. Der Volksrat Eßlingen kann über seine geleistete Arbeit jederzeit Rechenschaft ablegen, er braucht das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Und der Wahlmännchens mag sich beruhigen; er wird mit seiner Heße nichts erreichen, der Volksrat bleibt auf seinem Posten so lange er es für nötig hält, mag es gewissen Herrschaften passen oder nicht.

Mannheim, 5. Febr. Die hiesige Fleischlieferung hat beklagenswerten allen jenen Mitgliedern, die während des Krieges ihre Geschäfte schließen mußten, im Falle der Bedürftigkeit einen unermesslichen Kredit für drei Jahre in Höhe von 3000 M einzuräumen. Beim Schlichtungsausschuss in einem Weiber bei Ludwigshafen brachen drei Anaben ein, einer ertrank. — Die Elektrifizierung der Nebenbahnen Mannheim-Heidelberg soll in diesem Frühjahr in Angriff genommen werden, wobei die Bahnlinie über Frieder hofeld gelegt wird.

7. Febr. Am Dienstag vormittag sind die Orte Müllen und Altenheim einschließlich der Bahnhöfe von französischen Truppen besetzt worden. Wie die „Lahrer Zeitung“ meldet, bleibt der Verkehr der Straßenbahnen auf der Linie Kehl-Othenheim vorläufig aufrecht erhalten, doch muß jeder Reisende einen besonderen Ausweis besitzen. Dieser Ausweis ist vollständig in französischer Sprache abgefaßt und trägt die Unterschrift: Der Kommandeur der 88. Division, Francois.

5. Febr. Wie die „Lahr. Ztg.“ berichtet, ist in Altenheim durch Anschlag beunruhigend worden, daß die Franzosen im Laufe des Dienstag den Ort besetzen würden. Die Besetzung wurde von 500 Mann vorgenommen. Auch Goldscheuer und Marlen erholten französische Besetzung.

6. Febr. Hier sind drei Personen verhaftet worden, die 50 000 Mark in die Schweiz schmuggeln wollten. **Langenlebach bei Durlach, 6. Febr.** Der 64jährige frühere Sägewerksbesitzer Fiebler stürzte die Hausstiege hinab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

Konstanz, 5. Febr. Die Diebstähle nehmen hier in beunruhigender Weise zu. Fast kein Tag vergeht, an welchem nicht große Diebstähle verübt werden. So sind letzter Tage in der hiesigen Austauschstation etwa 400 Teden und aus einer Parade ist die gesamte Reitwache entwendet worden.

Die Wiederannahme der Wirtschaftsbeziehungen. Da Ebeulanten im Ausland verbleiben, auf eigene Faust Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände zur Ausfuhr für die erste Zeit nach dem Kriegsausbruch aufzuhalten, hat das Ministerium des Innern die Bezirksämter angewiesen, bei Erteilung der Pässe mit unklarer Bescheinigung eine Verurteilung der zuständigen Handelsämter einzuholen, wenn Bedenken in der angegebenen Richtung nicht ausgeschlossen sind.

Güterverkehr. In Norddeutschland besteht vielfach die irrtümliche Meinung, daß Karlsruhe im besetzten Gebiet liege. In Baden sind nur die Hauptstationen Kehl und Karz sowie die Nebenstationen Sundheim, Marlen, Altenheim und Leutesheim vom Feinde besetzt; nach allen übrigen badischen Stationen besteht keine Verkehrsbehinderung.

Das politische Meldewesen. Die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 24. Februar 1915 über das politische Meldewesen wurde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Die Besetzung des Kehler Gebietes.

Offenburg, 5. Febr. Gestern nachmittag besetzten die Franzosen das entferntere Gebiet der dem Kehler Kreis untergeordneten Linie, nachdem sie in der letzten Woche bereits Kehl selbst und die nähere Umgebung besetzt hatten. Die französischen Patrouillen ziehen nunmehr am Rande des Appenweier Waldes, nur noch wenige Meter von der Hauptstraße Offenburg-Appenweier entfernt. Kanonierpatrouillen durchstreifen Kehl und Kehler. In Kehl hat der Stab des Kommandeurs, Divisionsgeneral Dittmar, im Amtsgeschäftsgebäude, von dessen Giebel die Tricolore flattert, Quartier genommen. Der General hat in der Villa des Hauptmanns Schmidt, des bisherigen Kommandeurs des K. K. Pionier-Ersatzbataillons Nr. 14, hier Wohnung genommen. Die übrigen sehr zahlreichen Offiziere sind in Bürgerquartieren untergebracht. Die Mannschaften hat größtenteils in der Pionierkaserne und teilweise auch in Bürgerquartieren Unterkunft gefunden. Der Verkehr auf der Straße erstreckt sich von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Auf einen Ausweis des französischen Kommandeurs bedarf, kann sich ungedringelt im ganzen Sperrbezirk bewegen. Die Wirtshäuser sind geöffnet, während die Hotels geschlossen werden müssen. Die Hotels müssen auf Anordnung des Kommandeurs zunächst einer Desinfektion unterzogen werden. Gruppensprecher für die Bürgerpflicht gegenüber den französischen Offizieren ist nicht eingesetzt. Dagegen verlangt ein Anschlag des Kommandeurs Generalis Hirschauer, daß die Bevölkerung den Offizieren mit Achtung zu begegnen hat. Der Verkehr ist streng unterjagt. Ein Arbeiter, der einen Brief durchschmuggeln versuchte, erhielt dafür 3 Monate Gefängnis.

Kommunalpolitik.

Bürgerauschussung in Durlach. **1. Durlach, 5. Febr.** Die auf Mittwoch abend 6 Uhr einberufene Bürgerauschussung war von 64 Mitgliedern besucht. Ueber die einzelnen Vorlagen haben wir bereits in der Dienstagsnummer berichtet. Zunächst gedachte der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Zierau in ergebenden Worten der verdienstvollen langjährigen Tätigkeit des vor kurzem verstorbenen Gemeinderats Frey und in gleicher Weise des verstorbenen Bürgerauschussmitglieds Mäule. Die Vorlagen 1 und 8 wurden gemeinsam beraten und verbeschieden, da sie beide die Volkseher betreffen. Sie werden beide ohne besondere Debatte einstimmig angenommen. — Dagegen löste die Vorlage 2: Gemäßung eines Zuschlags von 2 M pro Arbeitstag für die städtischen Arbeiter und 720 M pro Jahr für die Beamten zur Kriegszulage eine lebhaft ausgeführte Debatte aus. Anlaß gab es von unserer Fraktion geheimer Antrag, diesen Zuschlag für Arbeiter und Beamte gleich hoch zu bemessen. Schließlich wurde auch mit 35 gegen 29 Stimmen beschlossen, allen Beamten und Arbeitern über 18 Jahren einen Zuschlag von jährlich 720 M, unter 18 Jahren von 360 M zu gewähren. — Die Vorlagen 3, 4 und 5 werden ohne besondere Ausfuhr einstimmig genehmigt. — Die Vorlage 6, Erwerbssloßen für Erwerbslose, führte zu einer bewegten Ausfuhr über die von der Fürsorgekommission befaßten Grundzüge, wobei besonders Gen. Hochschild gegen die Bestimmung einer 14tägigen Meldefrist für die Kriegsteilnehmer Sturm lief. Schließlich wurde der Antrag des Gemeinderats einstimmig genehmigt, ebenso die Vorlage 7. — Hierauf machte der Vorsitzende noch für einige Mitteilungen über die etwas rasche Wiederannahme des Volksschulunterrichts und die ebenso rasche Unterbrechung durch das Auftreten von Läuse in der Hindenburgschule. Es soll jetzt eine völlige Durchsägung des ganzen Schulgebäudes vorgenommen werden. — Schluß der Sitzung um 8 Uhr

Auch eine Bezahlung.

r. Weingarten, 4. Febr. Wie eine Gemeinde ihre Angestellten in dieser teuren Zeit entlohnt, wenn diese nicht zu den bekannten Klängen gehört, davon gibt die Bezahlung des hiesigen Schuldners ein schönes Beispiel. Dessen fürstlicher Gehalt beträgt vertragsmäßig 1000 M im Jahr, macht im Monat 83,34 M; im Tag zu verteilen hat der Mann 1000 M : 365, nach Adam Niele 2,65 M. Die Arbeit eines Schuldners ist eine solche, daß sie eine Person allein nicht bewältigen kann. Sie muß von mehreren Personen erledigt werden. Selbst zwei Personen haben ein übermäßiges Stück Kraftaufwand zu leisten, wollen sie die Arbeit vertrags- und pflichtgemäß ausführen. Ganz davon schweigen wollen wir, welche gesundheitsgefährdende Arbeit sie werden des Staubes und Schmutzes ist, vermehrt durch den Umstand des Krises infolge ungenügender Behandlung der Straßen und durch ländliche Eigenheiten. Berechnen wir den Gehalt des hiesigen Schuldners auf Tagelohn, so ist er mit 1000 : 300 = 3,33 M für mindestens zwei Personen eine wunderbare Illustration von den herrlichen Tagen, in die die nun bald erledigte Weingartner Obriofekt ihre Untertanen zu führen gewillt ist. Er beträgt dann pro Kopf 1,67 M. Diese Ziffer ist ein Beweis von Verflabung! Hat man denn auf dem Rathaus gar kein sittliches Empfinden mehr dafür, daß solch ein Lohn einfach ein Schandlohn ist? Dabei hat man dem Mann verboten, irgend eine Arbeit als sog. Fledertagelöhner, die ihm etwas Nebenverdienst einbringen könnte, anzunehmen und zu verrichten, wie es den früheren Schuldienern gestattet war. Da ist es ja tatsächlich besser, arbeitslos zu werden, denn Arbeitslosigkeit „bezahlt“ sich doch wenigstens etwas mehr. Selbst die schäbige Kriegsunterstützung betrug für die Familie ohne den Mann mehr wie jetzt der Verdienst, wo der Mann zu Haus ist und mithilft. Man wird einwenden, im Sommer habe der Schuldner ja weniger Arbeit wie im Winter. Dagegen wäre anzuführen, daß die Familie Sommer nicht weniger Hunger hat. Denn, daß, wenn der Mann seine „freie Zeit“ durch die Fledertagelöhner nicht ausnützen kann, ihm die goldenste der goldenen Freizeiten, die Ferien nichts helfen, überlegt man wohl nicht. Selbst in den Ferien wollen die Familienmitglieder um der schönen Augen der Hausherrinnen und um der Herrlichkeiten der Ferien willen ihren Hungerrettern nicht enger schnallen.

Weingarten, 4. Febr. Ein in Weingarten wohnender Arbeiter schreibt: Daß, wie anderwärts, gegen die Verordnungen gesündigt wird, wonach einem jeden nur das ausgehändigt wird, was er nach Maßgabe seiner Brot-, Fleisch usw. Karte zu beanspruchen hat, haben wir im Laufe einer längeren Zeit zu beobachten ausgiebige Gelegenheit gehabt. Was wir sahen, erfüllte einem mit bitterem Jörn. Wir konnten die ganze Schmutzgehirnlichkeit kennen lernen, die den sog. Hohen und Besseren hinterherum das Fleisch und Fett in die Küche „schob“. Am Teleshop konnten wir, ohne es zu wollen, manch belästigendes Gespräch mit anhören, das Wink für die Herrschaften zur Ermöglichung solcher Schiebungen gab. Unsere Frauen müssen oft unnütze und erfolglose Gänge in die Metz machen, während den Herrschaften von den während des Krieges infolge ihrer gelagerten Preise reich und fett gewordenen Ochsen- und Schweinemärdern, die ihr Geld in Brillanten und Weiberpelzwerk anlegen, damit sie nicht veräuern müssen, die Ware ins Haus gebracht wird. Die Herrschaften empfangen ein gut Teil über Gebühr und wenn unsere Frauen kommen, ist nicht mehr da, weil der Frau Lehrer oder der Frau Pfarrer (oder sonst wem Besseres) dies oder jenes Stück zugeschnitten worden ist. Den von den Großen und dem Blut der Arbeiterfrauen und -Kinder reich gewordenen Metzger möchten wir auf diesem Wege eine energische Warnung zugehen lassen, unsere Geduld nicht zu stark zu mißbrauchen. Wir sind nicht aus dem Schützengraben zurückgekehrt, um die alten Schliche der Verdrängung der besseren Kreise zu dulden. Wir werden, wenns not tut, zu handeln wissen.

Wieslingen, bei Heidelberg, 5. Febr. Der Bürgerauschuss verhandelte in seiner letzten Sitzung über die Eingemeindung Wieslingens in Heidelberg. Die Verhandlungen ergaben, daß eine große Mehrheit für eine Vereinigung von Wieslingen mit Heidelberg besteht, allerdings nur auf der Grundlage, daß jeder Gemeindevorstand gleiches Interesse an der Vereinigung hat.

Soziale Rundschau.

Volkshund für die Kriegs- und Zivilgefangenen. Der neue Aufruf des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen hatte in Baden ein Echo bei den schon lange Zeit während des Krieges arbeitenden Gefangenenerfürgern des Landesvereins vom Roten Kreuz gefunden. Ueberall jählichen sich die Interessenten des Schutzverbandes zu Familienauschüssen zusammen, welche zusammen arbeiten mit dem Landesverein vom Roten Kreuz. Die Herausgabe unserer Gefangenen ist Sache unserer Reichsbehörden und kann durch Protest und Volkserhebung zwar Echo im Lande, aber keine wirksame Unterstützung der Schritte unserer Behörden ergeben. Wir bitten jeden, der sich für die Volksbundesfrage interessiert, als werdenden Mitarbeiter für die badische Landesversammlung zu wirken, welche unserm Lande ermöglichen soll, die Unterstützung der Gefangenen bis zu deren glücklichen Heimkehr fortzusetzen.

Badischer Militärmusiker-Bund. Auf dem am 3. Februar tagenden Musikweiertag in Offenburg ist beschlossen worden, einen „Badischen Militärmusiker-Bund“ zu gründen, dem 21 Militärkapellen mit etwa 300 Mitgliedern und ihren Dirigenten geschlossen angehören. Als Präsident dieses Bundes wurde Herr W. Bernhagen einstimmig gewählt, dem zwei Herren, Jahn (Nr. 170) und Helfig (Nr. 110) zur Seite stehen. Als Hauptziele hat der Badische Militärmusikerbund aufgestellt: Vertretung der Ständes- und Berufsinteressen, Fühlungnahme mit der „Bad. Musikerkammer“ und Gründung eines „Süddeutschen Militärmusikerbundes“ ebent. mit Hessen und Sachsen, dem mehrere Tausend Mitglieder angehören würden. Dieser Süddeutsche Militärmusiker-Bund“ würde ein statisches Kontinent zu der beabsichtigten Gründung eines „Allgemeinen deutschen Militärmusiker-Bundes“ stellen.

Gerichtszeitung.

Schwergericht Offenburg. Der 20 Jahre alte Eisenarbeiter Adolf Bührmann aus Barenburg wurde am Montag vor dem Schwergericht zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bührmann verübte am 10. November 1918 in Mitte der Stadt an dem Dienstmädchen Maria Ehle einen frechen Straßenraub. Er gab an, die übliche Mittellofigkeit hätte ihn zur Tat verführt. Bührmann wurde am 1. März 1917 zum Heeresdienst einberufen, nach dreimonatlicher Ausbildung in die Betriebswerkstätte Offenburg abkommandiert, wo er monatlich etwa 200 M verdiente, wovon er 20 M seinen Adoptiveltern zur Unterstützung sandte. Die Feuerzusage von 240 M wollte er von 9. Nov. am Tage vor der Tat, bei der Sparkasse abholen, konnte sie aber nicht erhalten, da das Geld noch nicht überwiesen war. — Unter Ausfuhr der Deffentlichkeit wurde nachmittags die Anklage gegen die 20 Jahre alte ledige Dienstmagd Pauline Platt aus Mühlbach verhandelt, welche beschuldigt ist, im am 25. Nov. 1918 in Welschach geborenes uneheliches Kind gleich nach der Geburt gestiftet zu haben. Sie wurde zu 2 Jahren und 2 Monaten Gefängnis abzüglich dreier Wochen Untersuchungshaft verurteilt.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Franz Josef Wilhelm, V. Josef Köpfer, Hilfszahnmeister. Erna Elisabeth, V. Karl Gofheing, Landwirt. Elisabeth, V. Josef Lang, Metzger. Annemarie Lotte, V. Oskar Erhardt, Finanzamtmann. Walter Fürstegott, V. Emil Wader, Elektromonteur. Lätitia Irene, V. Venustio Caroli, Tagl. Albert, V. Albert Seib, Metzger. Willi Richard, V. Adam Schneider, Schlosser. Annelleje, V. Nikolaus Weber, Bierbrauer. Herta, V. Oskar Biedandt, Ingenieur. Gabriele, V. Adolf Heinsheimer, Bahnarzt. Hermann Josef, V. Hermann Schwan, Heilgehilfe. Wolf Dieter, V. Walter Seymann, Kaufmann. Lucia Martha, V. Lucian Wolfer, Schuhm. Meister. Helmut Wolf, V. Emil Bach, Metzger. Gust. W. V. Gustav Barquet, Monteur. Ethil Elisabeth, V. Ludwig Hebelein, Kaufmann.

Todesfälle. Franziska Kleinbus, alt 78 J., Witwe von Josef Kleinbus, Depotarb. Friedr. Kuhn, Landwirt, Ehem., alt 84 J. Karl Köger, Wagenführer, Ehem., alt 82 J. Wilh. Kaufmann, Schriftf. r., Ehem., alt 69 J. Christine Bühler, alt 47 J., Ehefr. von Joh. Bühler, Sattler. Rosa Hammer, alt 58 J., Ehefr. von...

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Aufruf!

Zur Aufstellung von mobilen Munitions-, Verpflegungs- und Kraftwagenkolonnen bei Grenzschutz Ost werden dringend geeignete Freiwillige (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) benötigt. Meldung beim Bezirkskommando Karlsruhe, Hebelstr. 2, 3. Stock, Zimmer 8. Mit Vorzettel oder Führungspersonen mitbringen. Lohnbedingungen sind dieselben wie für sonstige Freiwillige des Grenzschutzes Ost.

Karlsruhe, den 5. Februar 1919. 1038

Bekanntmachung.

Verkehr mit Opium betr.

Die Verordnung obigen Betreffs des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Dezember 1918 (R.G.B. 1918, S. 1447) und die bad. Vollzugsverordnung hierzu vom 14. Januar 1919 (Ges. u. V.O.B. 1919 S. 23) wird hierdurch hin erwiesen. Die Verordnungen können auf dem Bezirksamt eingesehen werden.

Karlsruhe, den 3. Februar 1919. 1024

Bekanntmachung.

Die uns zugewiesenen Männersocken werden von heute ab in den einschlägigen Geschäften gegen die Haushaltmarke A oder B Nr. 33 und zwar auf jede Partie ein Paar verkauft (Preis für das Paar 70 Pf.). Die Geschäfte sind angewiesen, die eingelösten Haushaltsmarken gebührend und abgezählt bis zum 20. Februar 1919 abzuliefern. Ueber etwa dann noch vorhandene Restbestände wird unserselbst verfügt.

Karlsruhe, 6. Februar 1919. 1026

Städtische Bekleidungsstelle.

Konsumverein Durlach und Umgegend. Einladung zur halbjährigen Generalversammlung am Sonntag den 16. Februar, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Lamm“ in Durlach.

Tagessordnung: 1. Rückblick auf das abgelaufene halbe Geschäftsjahr. 2. Aufstellung des Geschäftsführers. 3. Wahl eines Vorstandsmittgliedes. 4. Wahl für ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder. Sämtliche Ausscheidende sind wieder wählbar. Mit der Bitte um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bitten wir unsere Mitglieder hiermit höflichst ein.

Der Aufsichtsrat. Christian Dahn, Vorsitzender. NB. Anträge zur Generalversammlung müssen 3 Tage zuvor eingereicht sein.

Arbeiter-Gesangverein Eintracht Karlsruhe-Mühlburg

Am Sonntag, den 9. Februar 1919, findet ein Familien-Ausflug nach der „Festhalle“ in Daglfanden statt. Dorselbst gemüt. Beisammensein mit Tanz und Gesang. Wir laden unsere verehrlichen Mitglieder nebst Familienangehörigen hierzu freudl. ein mit der Bitte, um zahlreiche Beteiligung.

Lebensmittelmarken.

Für verfallene, verlorene und sonst abhanden gekommene Lebensmittelmarken kann Ersatz nicht gewährt werden. Karlsruhe, den 5. Februar 1919. 1025

Bach-Verein.

Für die Mitglieder werden zu dem am 15. d. Mts. in der Festhalle stattfindenden Konzert nicht mehr wie früher Plätze vorbehalten, sondern es sind unentgeltliche Eintrittskarten zu lösen; das Nähere bringen die Plakate und die Konzertanzeigen in den Zeitungen.

Der Vorstand.

Anton Hammer, Hilfschlosser. Anna, alt 11 Tage, V. Camill Fregeard, Fabrikarb. Salomon Levi, Pfänder, Witwer, alt 72 J. August Hensel, Metzger. Sefr. a. D., Ehem., alt 73 J. Ludwig Ettlinger, Kaufm., Ehem., alt 57 J. Amanda, alt 1 Mon. 22 Tage, V. Wilh. Jellbauer, Landwirt. Val. Noe, Wagenführer, Ehem., alt 33 J. Theodor Echen, Tagelöhner, Ehem., alt 56 J. Gustav, alt 8 J., V. Gust. Mag. Nees. Wilhelm Wiederot, Schmied, Witwer, alt 76 J. Susanna Jädle, alt 85 J., Ehefrau von Karl Jädle, Kaufmann. Karl Fiedler, Privat, Ehem., alt 78 J. Kath. Etyblo, alt 47 J., Ehefr. von Franz Etyblo, Metzger. Georg Wenß, Fabr.-Verwalter, Ehem., alt 57 J. Emilie Müller, alt 42 J., Witwe von Anton Müller, Eisen-Schaffner. Ferd. Volk, Feldhüter, Ehem., alt 60 J.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lokale Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Verzeichnisse. Karlsruhe. (Eingebund „Vorwärts“) Sonntag morgen 1/2 11 Uhr Singstunde. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. 1035

Wir machen die hiesigen Geschäftsinhaber, Verwaltungen und Haushaltungs-Vorstände auf die 1012 Verordnung vom 29. Jan. 1919 aufmerksam, wonach uns sämtliche neu zu besetzenden Stellen umgehend zu melden sind. In dieier letzten Zeit der Arbeitslosigkeit ist sofortige Aufgabe der Stellen notwendig. städt. Arbeitsamt Karlsruhe Kaufm. u. techn. Abteilung, Fernspr. 609 männliche Abteilung, Fernsprecher 629 weibliche Abteilung, Fernsprecher 949.

Städtisches Konzerthaus. Freitag, den 7. Februar 1919. 1030 Vorstellung des Bad. Landestheaters. Freilagmiete Nr. 19. Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Trauerspiel in fünf Akten von Schiller. Anfang 6 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Junger Zeichner von der Landwirtschaftskammer, Karlsruhe, Stefaniensstr. 48, gesucht. Vorstellung erwünscht, 10-12 Uhr vormittags oder 5-6 Uhr nachmittags. 1031

Lichtige Schneider auf Werkstat bei Nr. 1.50 Stundenlohn sofort gesucht. Mees & Löwe, Kaiserstraße 46. 1018

Email-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 442 Geschirr-Reparaturanstalt Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

Zur sofortigen Verladung abzugeben: Bretter 18-35 mm Rauhholz 8/8-24/26 cm Bohlen 40-100 mm Hobelbrettern mit Nut u. Feder 17-27 mm Latten 24/48 und 40/60 mm Rundholz Flitzholz. 1032 Abgabe erfolgt nur waggontweise. Gemeinnützige Holzvertriebs-Gesellschaft m. b. H. Karlsruhe-Rheinhafen, Werthalle III. Tel.-Nr. 5708. Tel.-Adr.: Gehöge.

Karlsruhe. (Verband der Kleinrentner.) Samstag, 8. Februar, Versammlung im „Großherzog Friedrich“, Weichenstraße. 1022 Der Vorstand. (Metallarbeiter-Verband.) Samstag, den 8. Februar, abends 1/2 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Krone“, Forchheim. (Sozialdemokratischer Verein.) Sonntag, 9. Febr., findet im Gasthaus zur „Lokalbahn“ eine Mitgliederversammlung statt. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung darf keiner fehlen. Auch sind Volksfreundleser freumblichst eingeladen. 1010 (Arbeitergesangsverein „Freiheit“) Sonntag, 9. Febr., nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Wegen wichtiger Beratungsgegenstände wird gebeten, daß sämtliche Mitglieder, Sangesgenossen und Freunde unserer Sache erscheinen. 1036 Der Vorstand. (Sozialdemokratischer Verein.) Samstag abend 1/2 8 Uhr im Großen Rathausaal Mitgliederversammlung. Erscheinen dringend notwendig. 1021 (Sozialdemokratischer Verein.) Am Samstag, 8. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Bad Hof“ eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Gemeinbewahlen. Das Erscheinen aller Mitglieder und Gönner unserer Sache ist notwendig. 1029

Vermissk. Mein Mann, der Leutn. d. R. Rudolf Verlemeyer d. 9. Komp. d. alt. 1. Bad Leibgrenad.-Regts. 109, 24. J., D. ist an der Spitze seiner Komp. als Kompagnieführer von einem Vorstoß geg. amerit. Truppen am 1. 11. 18. weill. Stenah, zwischen Santheb de-Romagen nicht zurückgekehrt. Wer irgendwelche zweideutl. Anqab. üb. d. Verbleib meines Mannes machen kann, wolle diese an mich, (F) Frau Hub Verlemeyer Burgsteinfurt L. W. Kirchstr. 5/6. 1009 unfrankiert gelangen lassen.

Carbid-Lampen von Mk. 5.50 an Taschen-Lampen von Mk. 2.20 an 1004 Feuerzeuge, Taschenmesser, Gamaschen Glühstrümpfe, Werkzeuge Fahrrad-Mäntel u. s. w. Versand nach auswärts. Wiederverkäufer Rabatt Beachten Sie unser Schaufenster Nordische Stahlgesellschaft m. b. H. Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 81.

Gewinn 1000 Mk. und viele kleinere Treffer. Carl Götz Leberhandlung 1015 Lotterie - Pantgeschäft Hebelstr. 11/15, 5. Rathaus. Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas, Laute 369 Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22. Wo? kann Kind, Knabe 4 Wochen alt, in Pflege gegeben werden. Wird auch an Kindesstatt abgegeben. Offerten unter Nr. 1018 an die Exped. d. „Volksfr.“

Gesucht sofort für hier u. auswärts 40 Möbel-schreiner sowie 968 Schuhmacher und Schneider Städt. Arbeits-Amt Säuringerstraße 100.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstrasse 34, 1 Tr. Plüsch-Schals, Muffe 1014 zu herabgesetzten Preisen. Wer repariert? 1017 Korbmöbel Vorholzstraße 36, II.

Haarspangen werden zur Reparatur angenommen 397 Seifenhaus Wenz Kaiserstraße 241. Stoffschuhe werden billigst angefertigt. 1001 Scheffelstraße 34, 4. St. Darselbst Stola und Wuff. Stragan, billig zu verkaufen.

Keine Frostbeulen mehr! 1020 Heilung schon nach 6 Stunden. Ganz neues Verfahren. Ungewöhnliche Wirkung. Mk. 4.-, Porto extra, geg. Nachn.; allein dch. Versandstelle A. Godelmann, Stuttgart 26, Neckarstrasse 178. (Weitere Verkaufsstellen werden errichtet).

Mandolinen, Gitarren, Zithern werden fortwährend angekauft in Weintraubs An- u. Verkaufsgeschäft, 858 Kronenstr. 52, Tel. 3747.

